D3NEU2 Verbesserungen angehen & weiterfordern - Blick in den Koalitionsvertrag

Antragsteller*in: Linus Mach (CampusGrün Münster)
Tagesordnungspunkt: 10.2. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Der am 24. November vorgestellte Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SPD will “Mehr Fortschritt wagen”. Vieles darin ist kritisierbar, zu wenig progressiv und hinter dem geblieben, was wir uns für die neue Bundesregierung gewünscht haben und angesichts der derzeitigen Krisen notwendig wäre. Im Bildungs- und Hochschulbereich finden sich dennoch einige erfreuliche Ziele, von denen Studierende und Hochschulen unmittelbar profitieren können. Wir begrüßen die angestrebten Maßnahmen und Änderungen im Vertragstext und erhoffen uns eine rasche und effiziente Umsetzung.

Soziale Absicherung & Unterstützung

Eine Reformierung des BAföG ist absolut wichtig und notwendig, damit Studierende unkomplizierter auf ein stabiles finanzielles Fundament bauen können. Die Erhöhung der Freibeträge sowie die Auszahlung eines elternunabhängigen Garantiebetrags sind hierfür wichtige erste Schritte. In Verbindung mit der Anhebung der Altersgrenze, einem leichteren Studienfachwechsel sowie einer längeren Förderhöchstdauer kann das BAföG zumindest etwas mehr dem gerecht werden, was Studierende als finanzielle Absicherung brauchen - denn das Studium geht nicht immer nur geradeaus und beginnt nicht immer unmittelbar nach der Schule. Mit dem Starterstipendium und den neuen Zuverdienstmöglichkeiten für junge Menschen aus Bedarfsgemeinschaften werden Einige es leichter haben, ein Studium zu beginnen.

Die angestrebte Anhebung der Bedarfssätze des BAföG vor dem Hintergrund steigender Wohn- und Lebenskosten ist überfällig - hier setzen wir auf eine schnelle Umsetzung und auch eine kontinuierliche Anpassung, die den Lebensrealitäten von Studierenden entspricht. Ebenso ist eine Vereinfachung und Digitalisierung der BAföG-Beantragung nötig und wir erhoffen uns von einer guten Umsetzung eine Erleichterung und kürzere Wartezeiten für Antragsteller*innen.

Auf lange Sicht muss aber eine vollumfassende Reform des BAföG angestrebt werden, die eine volle Ausfinanzierung des Studiums für alle gewährleistet - ein zeit-, eltern- und altersunabhängiger Vollzuschuss kann finanzielle Hürden zur Aufnahme eines Studiums nachhaltig abbauen.

Insbesondere die Covid-Pandemie zeigt, wie essentiell eine finanzielle Grundsicherung für Studierende ist. Doch auch darüber hinaus wurde ersichtlich, an welchen Stellen Studierende Unterstützung bedürfen: Im sozialen und

psychologischen Bereich erwarten wir über die von den Koalitionsparteien gesetzten Zielen hinaus die Förderung eines adäquaten Beratungsangebot, damit Studierenden egal in welcher Lebenslagen keine unnötigen Hürden in den Weg gestellt werden.

Wohnen

Der Plan der Ampel-Koalition eines Bund-Länder-Programms für studentisches Wohnen ist prinzipiell begrüßenswert. Doch hier kommt es aus unserer Sicht auf eine schnelle Umsetzung an, da Wohnraummangel und explodierende Mieten insbesondere in den größeren Hochschulstandorten Realität sind und die Wohnungs- oder WG-Suche zu oft erfolglos bleibt oder mit zu hohen finanziellen Belastungen verbunden ist. Wohnen darf kein Privileg sein und muss durch entsprechende Förderung vom Bund für Studierende bezahlbar gewährleistet werden!

Das geplante Bundesprogramm "Digitale Hochschule", dass digitale Infrastrukturen ausbauen und innovative Lehre fördern soll, hätte besser gestern als morgen an den Hochschulen umgesetzt werden müssen. Die Pandemie und eine damit verbundene Online-Lehre stieß zu oft an technische Grenzen, die die Qualität der Lehre beeinträchtigte. Gleichzeitig ist der Ausbau der technischen Möglichkeiten an Hochschulen langfristig erforderlich, da so etwa Studierenden mit Kind, behinderte oder chronisch kranke Studierende eine flexiblere und sichere Teilnahme an der Lehre geboten werden kann, was selbstverständlich sein sollte, aber leider noch zu oft in der Realität scheitert.

Forschung, Wissenschaft & Internationales

Gute Lehre muss mit guter wissenschaftlicher Forschung an Hochschulen einhergehen. Die angestrebte Verbesserung von Arbeitsbedingungen, die Reformierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sowie mehr Planbarkeit für Post-Docs sind dafür wichtige Ansätze. Auch wenn die direkten Zuständigkeiten zumeist bei den Landesregierungen liegen, dürfen die zumeist prekären Arbeitsbedingungen von studentischen Hilfskräften (SHKs) nicht außer Acht gelassen werden. Die tarifliche Absicherung von SHKs sollte daher auch von Seiten der Bundesregierung unterstützt werden. Wir stellen uns hinter die Forderungen von TVStud nach existenzsichernden Löhnen, Mindestvertragslaufzeiten und der Einhaltung minimaler Arbeitnehmer*innenrechte für SHKs!

Wissenschaft, Forschung und Studium passieren global und international. Wir hoffen daher, dass die Bundesregierung wie im Vertragstext angekündigt auch international Position bezieht und für eine freie Wissenschaft und Lehre einsteht, wenn diese etwa durch repressive Regierungen eingeschränkt und bedroht werden.

Auslandserfahrung und Studieren an einem anderen Ort als der eigenen deutschen Hochschule stellen eine wertvolle Erfahrung dar, die aufgrund hoher Kosten und Zugangshürden einer umfassenden Unterstützung bedarf. Eine Stärkung von Erasmus+ begrüßen wir, doch aus dem Koalitionsvertrag bleibt unklar, wie dies geschehen kann.

Solide Ansätze, große Aufgaben

Insgesamt beinhaltet der Koalitionsvertrag wünschenswerte Ziele im Hochschul- und Wissenschaftsbereich, die z.T. grundlegender struktureller Veränderungen bedürfen, damit aber auch positive Ergebnisse und Erleichterungen für Studierende vor Ort bringen können.

Campusgrün als Bundesverband möchte diesen Weg kritisch begleiten, bei mangelnder Umsetzung nachhaken und sich so einbringen, dass tatsächliche Verbesserungen für Studierende erreicht werden. Dazu streben wir eine enge und gute Vernetzung mit den jeweiligen Fachpolitiker*innen von Bündnis 90/Die Grünen an.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat in jedem Falle große Aufgaben vor sich - und wir durch die FDP besetzt. Neoliberale Forderungen und Ansichten der FDP dürfen nicht die bildungs- und wissenschaftspolitische Arbeit auf Bundesebene prägen. Es kommt nun auf eine gute und zielgerichtete Umsetzung der Vorhaben an.

Begründung

Zur Bundesmitgliederversammlung ist angesichts des vorgestellten Koalitionsvertrages der Ampelparteien und der bald neuen Bundesregierungen ein kritischer Blick in die Inhalte des Vertrages wünschenswert. Der Antrag soll dazu als Diskussionsgrundlage dienen.

Die eigentliche inhaltliche Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Maret Speemann (CampusGrün Münster)